

FDP | 09.06.2015 - 14:45

Gröhes untaugliche Therapie für den Ärztemangel



Die Große Koalition versucht durch das Versorgungsstärkungsgesetz, das am 11. Juni durch den Bundestag beschlossen werden soll, den Ärztemangel zu beheben. Lediglich eine untaugliche Scheinlösung, kritisiert FDP-Gesundheitsexperte Jan Dunker. „Die bayerische FDP will die medizinische Versorgung kranker Menschen verbessern, indem die Ursachen des Ärztemangels behoben werden“, stellte der Freidemokrat klar.

Das Gesetz sieht vor, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen Terminservicestellen einrichten sollen, die ambulante Patienten auch in Krankenhäuser vermitteln sollen, wenn diese keinen Termin bei niedergelassenen Fachärzten innerhalb von vier Wochen bekommen, erläutert Dunker, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP Bayern. Dies munde zwar im ersten Moment patientenfreundlich an, halte jedoch genauerer Betrachtung nicht Stand. „Die finanziellen Kosten für die Terminservicestellen gehen für die Patientenversorgung verloren. Aber noch viel gravierender ist, dass die Krankenhäuser besonders in den unterversorgten Kreisen gar nicht über die Fachärzte verfügen, die diese ambulanten Behandlungen durchführen könnten.“

Eine Studie des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (ZI) habe ergeben, „dass nach ZI-Kriterien 37 von 372 Kreisen und vier von 17 Fachgebieten, nämlich Dermatologie, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Psychotherapie und Augenheilkunde, unterversorgt sind“, führte Dunker aus. Nur in neun der 37 Kreise befände sich mindestens ein Krankenhaus mit einer entsprechenden Fachabteilung. Wobei in acht der neun Kreise ausschließlich Belegärzte, also niedergelassene Fachärzte, die Fachabteilung betreuten, so der Freidemokrat. Die Krankenhäuser hätten weder die Gelder noch das Personal für die benötigten Fachabteilungen.

Mehr Studienplätze und attraktivere Niederlassungsbedingungen

Den Ärztemangel könnte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) nur beheben, wenn die Zahl der Medizinstudienplätze erhöht würde, dies liege allerdings im Aufgabenbereich der Länder, so Dunker. Darüber hinaus müsste Gröhe attraktivere Bedingungen für die Niederlassung bei Ärzten schaffen. „Die Bundesregierung will durch die geplante Gesetzgebung vermutlich nur Lösungskompetenz vorgeben und bei Misserfolg den Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhäusern die Schuld zuschieben“, monierte er.

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/groehes-untaugliche-therapie-fuer-den-aerztemangel>